Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/511
04. 05. 73

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 9. Mai 1973
am Donnerstag, dem 10. Mai 1973
am Freitag, dem 11. Mai 1973

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

1. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Ist es unter Sicherheitsaspekten gesehen erforderlich, daß in Ballungsgebieten der Bundesrepublik Deutschland Unterkünfte, insbesondere Übungs- und Flugplätze der US-Army aufrechterhalten und teilweise sogar ausgebaut werden, obwohl die Bevölkerung dieser Gebiete Lärmbelästigungen und Verkehrsbehinderungen in viel höherem Maße als andere ausgesetzt ist?

2. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Sind die in letzter Zeit erfolgten und eventuell auch weiter vorgesehenen Dislokationsmaßnahmen von Einheiten der US-Army im bayerisch-baden-württembergischen Raum von so großem taktischen oder strategischen Vorteil, für Verteidigungsmaßnahmen im vorderen NATO-Raum, daß die zuständigen Stellen meinen, die aus den genannten Gründen in der Bevölkerung entstandene und anhaltende Unruhe — verbunden mit Protestaktionen — in Kauf nehmen zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

3. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung voraussichtlich das in der Regierungserklärung angekündigte Raumordnungsprogramm vorlegen, und wird im Raumordnungsprogramm der Bundesregierung eine Gesamtkonzeption für den Ausbau aller Kontinental- und Interkontinental-Flughäfen der Bundesrepublik Deutschland enthalten sein?

4. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Zusammenarbeit in den grenzüberschreitenden Regionen Europas dadurch zu fördern, daß sie die in der Empfehlung Nr. 693 der Beratenden Versammlung des Europarats gemachten Vorschläge unterstützt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

5. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Absolventen des Berufsgrundbildungsjahrs in einigen Berufen, z. B. im Bankgewerbe, die Anrechnung des Berufsgrundbildungsjahrs auf die Lehrzeit mit dem Hinweis verweigert wird,

daß die Berufsbilder ausschließlich eine dreijährige praktische Ausbildung vorsehen, und wird die Bundesregierung im Zuge der Neugestaltung der Ausbildungsrichtlinien und soweit sie dafür nicht zuständig ist, in Verhandlungen mit den Kammern darauf dringen, daß das Berufsgrundbildungsjahr auf die Ausbildung voll angerechnet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

6. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die beabsichtigte Verlegung der Zentrale des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) von Bonn-Bad Godesberg nach Berlin zu überprüfen mit Rücksicht darauf, daß sich $^{2}/_{3}$ der Bediensteten nicht bereiterklärt haben, bei der Verlegung ihren Wohnsitz zu wechseln und hierdurch die Funktionsfähigkeit des DED in Frage gestellt ist?

7. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Was will die Bundesregierung für den Fall der Aufrechterhaltung des Verlegungsbeschlusses konkret unternehmen, um sowohl die Funktionsfähigkeit des DED bei Ausscheiden von $^{2}/_{3}$ der Mitarbeiter zu gewährleisten als auch soziale Nachteile für diese Mitarbeiter zu vermeiden, die sich aus familiären und sonstigen Gründen außerstande sehen, ihren Wohnsitz gleichfalls zu verlegen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

8. Abgeordneter **Dr. Müller (München)** (CDU/CSU)

Betrachtet die Bundesregierung die Äußerung des Bundeskanzlers auf dem SPD-Parteitag, „es gebe Gäste, die man lieber gehen als kommen sehe", als eine Belastung für den kommenden Besuch des Sekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Leonid Breschnew?

9. Abgeordneter **Dr. Müller (München)** (CDU/CSU)

Bedeutet die Äußerung des Bundeskanzlers in einer Diskussion mit jugoslawischen Arbeitern in Pula — die vom Fernsehen übertragen wurde —, „ein Teil der Wähler der CDU/CSU sei ebenfalls für den Frieden", daß der übrige Teil gegen den Frieden sei?

10. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist durch die Äußerung von Bundeskanzler Brandt vor Werftarbeitern in Pula (Jugoslawien), daß unter den Wählern der CDU und der CSU „viele sind, die genauso für den Frieden eintreten wie die Wähler, die meiner Regierung ihr direktes Vertrauen gegeben haben", nicht der Eindruck erweckt worden,

als ob die Unionsparteien selbst und ihre Führungskräfte nicht und die Unionswähler nur teilweise für den Frieden seien, und womit begründet der Bundeskanzler einen derartig massiven Vorwurf gegen die Kritiker der Politik der Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

11. Abgeordneter **Rainer** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um mit Polen zu einer Vereinbarung zu gelangen, auf Grund der Deutsche mit Wohnsitz im Land Berlin den in Übereinstimmung mit dem Berlin-Abkommen ausgestellten Paß der Bundesrepublik Deutschland für Visaanträge sowie für die Ein- und Ausreise benutzen können, und wird die Bundesregierung bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Mitgliedern des Warschauer Pakts sicherstellen, daß Deutsche mit Wohnsitz im Land Berlin den in Übereinstimmung mit dem Berlin-Abkommen ausgestellten Paß der Bundesrepublik Deutschland für Visaanträge sowie für die Ein- und Ausreise benutzen können?

12. Abgeordneter **Rainer** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, bzw. was wird sie unternehmen, um die Konsularabteilung der Botschaft der UdSSR zu veranlassen, sich an das vereinbarte Verhandlungsprotokoll I zum Berlin-Abkommen zu halten, wonach sie bei Anträgen Deutscher mit Wohnsitz im Land Berlin einen Paß, der mit Stempel „ausgestellt in Übereinstimmung mit dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971" versehen ist bzw. einen Personalausweis oder ein anderes entsprechend abgefaßtes Dokument, das bestätigt, daß die das Visum beantragende Person ihren ständigen Wohnsitz in den Westsektoren Berlins hat, und das die genaue Adresse des Inhabers und dessen Lichtbild enthält, zu verlangen und entgegenzunehmen hat, und wird sie die Betroffenen öffentlich auffordern, die Möglichkeiten des Berlin-Abkommens in vollem Umfang in Anspruch zu nehmen?

13. Abgeordneter **Roser** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung auch gegenüber Südvietnam an ihrer grundsätzlichen Auffassung fest, die Leistung von humanitärer Hilfe für den indochinesischen Bereich von der vollständigen Einstellung aller Kampfhandlungen abhängig zu machen, und kann sich — bejahendenfalls — die Bundesregierung der Ansicht verschließen, daß die Waffenstillstandsverletzungen durch Vietkong und Nordviet-

nam neben der unmittelbaren Schädigung Südvietnams noch den zusätzlichen Effekt haben, durch hinausgezögerte Hilfe die Leiden des Volks zu verlängern, sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu behindern?

14. Abgeordneter **Roser** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung dementsprechend bereit, wenigstens für die befriedeten Teile Südvietnams unverzüglich mit der Hilfe zu beginnen, unabhängig vom Verhalten des Vietkong und Nordvietnams und auch unabhängig von der Gestaltung der Beziehungen zu Nordvietnam?

15. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Kosten, die der Steuerzahler für die Herrichtung, Anmietung, Unterhaltung usw. des bisher stillgelegten Hotels Petersberg aus Anlaß des bevorstehenden Besuchs des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der UdSSR zu tragen hat?

16. Abgeordneter **Dr. Althammer** (CDU/CSU)

Ist beabsichtigt, daß das mit diesen Kosten hergerichtete Hotel Petersberg im Anschluß an den Besuch von Generalsekretär Breschnew für ander Zwecke (ggf. für welche) verwendet wird?

17. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen (Wirtschaftswoche vom 30. März 1973) zu, wonach in den Verhandlungen über die Rückführung von Deutschen aus Polen seitens der polnischen Vertreter die Forderung erhoben worden ist, von deutscher Seite erhebliche finanzielle Zuwendungen in Form von Entschädigung oder Wirtschaftshilfe zu erhalten, und wie wird diese Forderung begründet?

18. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Wie hat die Sowjetunion gegenüber der Bundesregierung oder dem Senat von Berlin ihre, dem Geist und Buchstaben des Vier-Mächte-Abkommen über Berlin widersprechende, Weigerung erklärt, bei der sowjetischen Industrie- und Handelsausstellung in Berlin die Fahne der Bundesrepublik Deutschland zuzulassen?

19. Abgeordneter **Dr. Klepsch** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung dem Berliner Senat geraten, der sowjetischen Forderung zu entsprechen, wonach die deutsche Fahne bei der Berliner Industrieausstellung nicht gezeigt werden dürfe?

20. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Wie verträgt sich die öffentliche Mitteilung von Vertretern der Bundesregierung und des Senats des Landes Berlin, die sowjetische Industrieausstellung sei in das deutsch-sowjetische Handelsabkommen eingebettet, mit der bekanntgewordenen Haltung der Sowjetunion vor und während der Eröffnung dieser Ausstellung?

21. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Was bedeutet die regierungsoffiziöse Mitteilung, die sowjetische Industrieausstellung im Land Berlin sei ein „Modell" für die Einbeziehung der Stadt in Verträge und Abmachungen mit Ostblockländern angesichts der dort gezeigten sowjetischen intransigenten Haltung?

22. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

War die Bundesregierung darüber unterrichtet, daß sowjetische Stellen Einspruch gegen einen Beitrag des Präsidenten der Berliner Industrie- und Handelskammer, Cobler, in der Messebeilage der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel" eingelegt haben und diese Zeitung daraufhin die gesamte Sonderbeilage gestrichen hat?

23. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die sowjetische Seite inoffiziell verlauten ließ, sie würde, falls die Fahnenmasten bei der Eröffnung der sowjetischen Industrieausstellung im Land Berlin leer bleiben sollten, ihren Ostberliner Botschafter Jefremov veranlassen, kraft seiner Vier-Mächte-Zuständigkeit für Westberlin die Ausstellung zu eröffnen?

24. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist es der Bundesregierung möglich, bei Fällen der Aussiedlung von deutschen Volksangehörigen aus Rumänien durch Verhandlungen mit der rumänischen Regierung zu erreichen, daß die Aufgabe der rumänischen Staatsangehörigkeit nach dem Eintreffen hier und nach entsprechenden Anträgen und finanziellen Leistungen zügig behandelt wird, so daß nicht mehr unzumutbare Wartezeiten von 24 und mehr Monaten in Kauf genommen werden müssen?

25. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, daß die zur Aussiedlung berechtigten deutschen Aussiedlungswilligen in der Sowjetunion nicht nur im Zusammenhang mit spektakulären Ereignissen wie zum Beispiel dem Wahltermin vom 19. November 1972 in einer relativ größeren Zahl aussiedeln dürfen, sondern daß die 40 000 auch in der Sowjetunion registrierten Aussiedlungswilligen — Vertragsaussiedler, Rußlanddeutsche — endlich in einem zügigen Prozeß die Sowjetunion verlassen können?

26. Abgeordneter **Mick** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den Flugzeugen der italienischen Luftfahrtgesellschaft „Alitalia" allen Passagieren eine Servicekarte überreicht wird, die u. a. eine Anzeige einer weltbekannten Spirituosenfirma enthält, in der neben den Emblemen der Vereinigten Staaten und anderer Länder der freien Welt für Deutschland die Flagge der DDR gezeigt wird, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, derartige Manipulationen abzustellen?

27. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung nach der Verhaftung des Bonner Staatsrechtslehrers Professor Dr. Dimitris Tsatsos unternommen, um eine baldige Freilassung des Genannten zu erwirken, und welche Aussagen kann die Bundesregierung darüber machen, wann mit einer Freilassung von Professor Dr. Tsatsos zu rechnen ist?

28. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der 2. Sekretär der sowjetischen Botschaft in Bonn, Sergejew, die Bundesrepublik Deutschland auf Wunsch der Bundesregierung verlassen hat?

29. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Welche Gründe waren gegebenenfalls für die Intervention der Bundesregierung maßgeblich, und warum teilt sie diese der Öffentlichkeit nicht mit?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

30. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Hat der Vorsitzende der SED im Land Berlin vor der Annahme des ihm verliehenen sowjetischen und Ost-Berliner Ordens die nach dem Ordensgesetz erforderliche Genehmigung des Bundespräsidenten dazu erhalten, und was hat die Bundesregierung, sollte dies nicht geschehen sein, unternommen, um dem Ordensgesetz Geltung zu verschaffen?

31. Abgeordneter **Stücklen** (CDU/CSU)

Inwieweit treffen Pressemeldungen zu, wonach palästinensische Terrororganisationen, u. a. die 1972 verbotene GUPS und GUPA, von der „DDR" aus erneut in der Bundesrepublik Deutschland Anschläge gegen den Luftverkehr und Sabotageakte gegen die Industrie und Wirtschaft planen, und welche Vorkehrungen hat und will die Bundesregierung zur Unterbindung dieser Terrorakte treffen?

32. Abgeordneter **Stücklen** (CDU/CSU)

Mit welcher Energie und mit welchem Erfolg hat sich die Bundesregierung bisher um internationale Zusammenarbeit gegen Luftpiraterie und andere Erscheinungsformen des Terrorismus bemüht?

33. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Wieweit ist die Gesamtdokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs fertiggestellt?

34. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Welche finanziellen Mittel wurden bisher von den früheren Bundesregierungen für die Herstellung dieser Kriegsgefangenendokumentation aufgebracht?

35. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung, die Konvention der Vereinten Nationen über die Verminderung der Fälle der Staatenlosigkeit zu unterzeichnen, nachdem nunmehr auch die Beratende Versammlung des Europarats in der Empfehlung Nr. 700 vom 26. Januar 1973 ihr Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht hat, daß diese aus dem Jahr 1961 stammende Konvention noch nicht in Kraft getreten ist?
36. Abgeordneter **Wolfram** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die auf die Bundesrepublik Deutschland zukommende Welle brutaler Filme, hergestellt in Hongkong, und welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, dagegen vorzugehen?
37. Abgeordneter **Dr. Beermann** (SPD)	Trifft es zu, daß Umsiedler aus Polen und insbesondere deren Kinder bei Bewerbungen um Einstellungen in den öffentlichen Dienst deswegen häufig scheitern, weil sie Sprachtests zu bestehen haben, denen sie nicht gewachsen sind?
38. Abgeordneter **Dr. Beermann** (SPD)	Ist die Bundesregierung bereit, hierauf Rücksicht zu nehmen und darauf zu dringen, daß — wo immer möglich — verbalfreie Tests zur Anwendung kommen, damit die Umsiedler möglichst schnell und reibungslos eingestellt werden können, und ist die Bundesregierung bereit, auf Länder und Gemeinden einzuwirken, daß dort entsprechend verfahren wird?
39. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Welche Rechtsprobleme entstehen durch die Einführung von Kommunikationssatelliten, und welche Lösungsvorschläge werden gemacht um sicherzustellen, daß die Informationsfreiheit und damit die Qualität der Programme keine Einbuße erleidet?
40. Abgeordneter **Rommerskirchen** (CDU/CSU)	Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob es sich bei der gewaltsamen Besetzung des Bonner Rathauses mit den zerstörenden Ausschreitungen um eine Aktion handelt, die zentral geplant und gesteuert wurde?
41. Abgeordneter **Rommerskirchen** (CDU/CSU)	Falls eine zentrale Planung zu bestätigen ist, frage ich die Bundesregierung, um welche Organisationen oder Institutionen es sich handelt, und ob die Verantwortlichen wegen Haus- und Landfriedensbruch angezeigt wurden?
42. Abgeordneter **Dr. Kliesing** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung nach den Ermittlungen der zuständigen Bundesorgane die Auffassung, daß ein Erfolg, wie ihn die anarchistischen Kräfte mit der ungehinderten Besetzung des Bonner Rathauses zu verzeichnen hatten und dessen sie sich auch entsprechend rühmten, Wiederholungsversuche geradezu herausfordert?

43. Abgeordneter **Dr. Kliesing** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung in Vereinbarung mit den Länderregierungen nicht sicherstellen, daß bei angekündigten Demonstrationen die Verwaltungssitze und Organe des Bundes nachrichtendienstlich so besetzt sind, daß ein schnellstmöglicher Einsatz der Ordnungskräfte zur Sicherung der Verwaltungsgeschäfte gewährleistet ist?

44. Abgeordneter **Hauser (Bonn-Bad Godesberg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß bei den blutigen Unruhen in Bonn am 10. April 1973 die zur Verfügung stehenden Ordnungskräfte des Bundes (Bundesgrenzschutz) ausreichend waren, um optimal zum Schutz der verschiedenen gefährdeten Objekte eingesetzt zu werden?

45. Abgeordneter **Hauser (Bonn-Bad Godesberg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in Verhandlungen mit dem Land Nordrhein-Westfalen eine Regelung herbeizuführen, durch die der Schutz der Bannmeile um den Sitz der Verfassungsorgane generell durch den Bundesgrenzschutz durchgeführt wird, damit die Bereitschaftspolizei des Landes Nordrhein-Westfalen für den Schutz der Bundeshauptstadt und ihrer Bürger voll zur Verfügung steht?

46. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Verhinderung des Moderators Löwenthal vom Zweiten Deutschen Fernsehen durch Sicherheitsorgane des Bundes bei seinem Versuch, den Staatspräsidenten der Republik Vietnam zu interviewen, ein Verstoß gegen die im Grundgesetz gewährleistete Pressefreiheit ist, und wird die Bundesregierung in Zukunft dafür sorgen, daß auch Journalisten, die ihr kritisch gegenüberstehen, unbehindert ihre Informationspflicht erfüllen können?

47. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Herr Löwenthal (ZDF), Herr Koch (Axel-Springer-Inlandsdienst) und der französische Journalist Pierre Roelandts, von Sicherheitsorganen des Bundes daran gehindert wurden, ein Interview mit dem südvietnamesischen Staatspräsidenten van Thieu zu machen, obwohl hierzu die Genehmigung des Präsidenten van Thieu und des Bundespresseamts vorlag, und welche Gründe lassen sich hierfür angeben?

48. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung darin eine unerlaubte Einschränkung des freien Journalismus, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, das Grundrecht der Meinungsfreiheit und der öffentlichen Information uneingeschränkt zu gewährleisten?

49. Abgeordneter **Dr. Schulz (Berlin)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein Vertreter des Nachrichten-Magazins des Zweiten Deutschen Fernsehens „von höchster Stelle" daran gehindert wurde, den südvietnamesischen Staatspräsidenten Thieu vor dessen Abflug zu interviewen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um in Zukunft einen so flagranten Verstoß gegen Artikel 5 des Grundgesetzes zu unterbinden, und wer war in dem genannten Fall der Verantwortliche der „höchsten Stelle"?

50. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Gehälter der Beamten der Deutschen Bundesbahn im Vergleich zum Einkommen der Mitarbeiter der Deutschen Bundesbahn im Lohnverhältnis erheblich geringer sind, und ist die Bundesregierung bereit, diesem Zustand noch im Jahr 1973 abzuhelfen?

51. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die kommunalen Sportförderungsrichtlinien zwischen den einzelnen Bundesländern, aber auch innerhalb der Bundesländer, von Gemeinde zu Gemeinde erhebliche Unterschiede aufweisen, ohne daß bisher eine praktisch realisierbare Vergleichsmöglichkeit zwischen den verschiedenen kommunalen Bestimmungen möglich ist, und ist die Bundesregierung bereit, das Bundesinstitut für Sportwissenschaften mit einer wissenschaftlichen Untersuchung zu beauftragen, die die Sammlung der kommunalen Sportförderungsrichtlinien, ihre systematische Gegenüberstellung und Analyse zum Gegenstand hat?

52. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß gegenwärtig von verschiedenen Großstädten im Rahmen der Flächennutzungsplanung an sog. Generalsportplänen gearbeitet wird, die eine zukunftsweisende Ausgestaltung der kommunalen und privaten Sportanlagen zum Ziel haben, und ist die Bundesregierung bereit, durch Finanzierung einer Modelluntersuchung einheitliche Grundlagen für die Erstellung derartiger Generalsportpläne erarbeiten zu lassen?

53. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß die Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung in einer neueren Studie über die Frage des besten Standorts für das geplante Bundesamt für Umweltschutz zu dem Ergebnis gekommen ist, das Kaiserslautern mit zwei anderen Städten an erster Stelle liegt — falls bei der Bewertung der Standortfrage auch raumordnerische Gesichtspunkte berücksichtigt werden?

54. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung mit mir der Ansicht, daß — nachdem die von ihr in den letzten Wochen beschlossenen Spar- und Streichungsmaßnahmen (die Aufgabe des Saar-Pfalz-Kanals, die Kürzung der Investitionszulagen, die Kürzungen im Bundesfernstraßenbau usw.) die Westpfalz besonders hart getroffen haben — strukturpolitische Gesichtspunkte zusammen mit der besonderen Ausrichtung der Universität Kaiserslautern auf Fragen des Umweltschutzes in besonderem Maße für eine Errichtung der Bundesanstalt für Umweltschutz in Kaiserslautern sprechen?

55. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die von ihr angekündigten Bundesanstalten für Umweltschutz und Reaktorsicherheit im Kernforschungszentrum Karlsruhe anzusiedeln, um damit die dort vorhandenen personellen und institutionellen Kapazitäten zu nutzen?

56. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wann diese Bundesanstalten gegründet werden?

57. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Hält die Bundesregierung eine qualitative Vorauswahl von jahrgangsmäßig heranstehenden Hauptleuten im Bundesgrenzschutz vor dem laufbahnrechtlich notwendigen Stabsoffizierlehrgang für gerechtfertigt, wenn dadurch etwa die Hälfte dieser Hauptleute — wie 1973 beim 9. Stabsoffizier-Lehrgang geschehen — keine Chance haben, auf diesem Lehrgang die Qualifikation für den Stabsoffizier zu erwerben und bei der abschließenden Prüfung ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen zu können?

58. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sind nach Überzeugung der Bundesregierung die Voraussetzungen dafür gegeben — auch durch die Bundesmittel des 5-Jahres-Leitprogramms zur Sanierung des Bodensees —, daß bis 1975/76 die Kläranlagen am Bodensee und alle wichtigen Anlagen im Einzugsgebiet des Bodensees mit biologischen und chemischen Stufen in Betrieb sind, um damit die Reinhaltung des Bodensees sicherzustellen?

59. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Studie „Phosphoreliminierung aus Abwässern — nur ein Finanzierungsproblem?" des Arbeitskreises für Umweltschutz an der Universität Konstanz, in der er eine zweckgebundene Phosphatsteuer fordert, um den Phosphatverbrauch im Zusammenhang mit einer Deklarierungspflicht auf ein Mindestmaß zu reduzieren, und um dadurch zusätzliche Finanzierungsmittel für den beschleunigten Bau der unentbehrlichen Kläranlagen mit chemischer Fällung für Abwasserphosphat zu erhalten?

60. Abgeordneter **Collet** (SPD)

Entspricht der Bericht in der Frankfurter Rundschau vom 3. März 1973 unter der Überschrift „Erbitterter Untergrundkampf zwischen Arabern und Israelis in der Bundesrepublik" den Tatsachen?

61. Abgeordneter **Collet** (SPD)

Was hat die Bundesregierung gegebenenfalls unternommen, um solches Handeln, bei dem auch Menschenleben nicht geschont werden, zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

62. Abgeordneter **Dr. Geßner** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, das jährlich eine große Zahl von Urlaubsreisenden durch falsche und täuschende Angaben in Prospekten und sonstigen Veröffentlichungen von Reiseveranstaltern um ihre wohlverdiente Erholung gebracht wird, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, solche irreführenden Angebote zu unterbinden bzw. einzudämmen?

63. Abgeordneter **Gallus** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, sofort die Jugendarrestvollzugsordnung vom 1. September 1966 (BGBl. I S. 505) dahin zu ändern, daß die „strengen Tage", „Rauchverbot" u. ä. wegfallen, oder hält es die Bundesregierung noch für gerechtfertigt — angesichts der Vermutung, daß dies bereits in einigen Bundesländern geschieht —, damit bis zum Inkrafttreten des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch, also im Jahre 1975, zu warten?

64. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Inwieweit hat nach den Feststellungen der Bundesregierung die Liberalisierung des Demonstrationsstrafrechts mit dem dritten Strafrechtsreformgesetz kriminelle Ausschreitungen bei Demonstrationen der letzten Zeit in Frankfurt und Bonn begünstigt sowie die präventive Unterbringung von Gewaltakten erschwert bzw. verhindert?

65. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, aus der bedrohlichen Verschlechterung der inneren Sicherheit Konsequenzen zu ziehen, und welche Maßnahme gedenkt sie gegebenenfalls zu ergreifen?

66. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß es den Regierungen von Dänemark und Belgien gelungen ist, in Verhandlungen mit der türkischen Regierung die Auslieferung eigener Staatsangehöriger zum Strafvollzug in das Heimatland zu erreichen und damit einen Beitrag zur Lösung der

Probleme zu leisten, die sich aus der Verurteilung von eigenen Staatsangehörigen in Ländern ergeben, die eine andere Strafrechtspflege und Strafvollzugspraxis haben, und ist die Bundesregierung bereit, alles zu tun, um die erforderlichen Rechtsgrundlagen für den Strafvollzug in der Bundesrepublik Deutschland auf Grund ausländischer Urteile so rechtzeitig zu schaffen, daß sie für die Betroffenen nicht zu spät kommen?

67. Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um in Verhandlungen mit der türkischen Regierung bereits vor der Klärung der deutschen Rechtslage praktische Lösungen für die in der Türkei inhaftierten deutschen Staatsangehörigen zu erzielen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

68. Abgeordneter **Dr. Graf Lambsdorff** (FDP)

Wann wird die Bundesregierung dem Bundestag einen Gesetzentwurf über die Abschaffung der Steuerprivilegien in der Kreditwirtschaft zuleiten?

69. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung, daß der ehemalige SS-Obersturmführer und KZ-Wächter Strippel, der 1949 wegen Mordes in 21 Fällen zu 21 mal lebenslänglich Zuchthaus verurteilt wurde und dessen Strafe im Wiederaufnahmeverfahren 1970 in sechs Jahre Zuchthaus nunmehr wegen Beihilfe zum Mord umgewandelt wurde, eine Haftentschädigung in Höhe von 150 000 DM bei einer Haftentschädigung von 10 DM pro Tag erhält, während Opfer der NS-Gewaltherrschaft nur eine Entschädigung von 5 DM pro Tag der Freiheitsentziehung erhalten haben, und wird die Bundesregierung eine Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes mit dem Ziel in die Wege leiten, daß Opfer der NS-Gewaltherrschaft nicht gegenüber ihren Peinigern auf diese makabre Weise diskriminiert werden?

70. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, unser Bankenaufsichtssystem dahin gehend zu erweitern, wonach es künftig vorgeschrieben werden sollte, daß Banken und Kreditinstitute sich einem Haftungsfonds des Bankenverbands anschließen müssen?

71. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, daß Banken und Kreditinstitute künftig ihrem Kundenkreis vor Einrichtung eines Sparkontos mitteilen sollten, ob sie einem Haftungsfonds angeschlossen sind?

72. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wann ist endgültig mit der Herausgabe mehrsprachiger Erläuterungsblätter zur Stellung des Antrags auf Lohnsteuer-Jahresausgleich sowie zu den Folgen einer Abtretung von Steuererstattungsansprüchen für ausländische Arbeitnehmer zu rechnen, nachdem diese Maßnahme wiederholt angekündigt worden ist (vgl. Stenographische Berichte der 100. Sitzung vom 10. Februar 1971, S. 5691, der 151. Sitzung vom 11. November 1971 sowie der 22. Sitzung vom 21. März 1973)?

73. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß hinsichtlich der Maßnahmen, die zur Beschränkung des Fluplatz-Bodenlärms auf das unvermeidbare Mindestmaß (§ 29 b des Luftverkehrsgesetzes) ergriffen werden können, bei Flugplätzen der ausländischen Streitkräfte auf Kosten der Anlieger andere Dringlichkeitsmaßstäbe vertretbar sind als bei Zivil- oder bei von der deutschen Bundeswehr betriebenen Flugplätzen?

74. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit — ungeachtet der Frage spätere Kostentragung —, auch bei von ausländischen Streitkräften betriebenen Flugplätzen eine eigene Untersuchung vorzunehmen oder in Auftrag zu geben, die klären kann, welche vom Boden ausgehenden Geräusche mit welchen Mitteln behebbar wären, um auf diese Weise eine ausreichende Grundlage für Verhandlungen mit den ausländischen Streitkräften über die Verwirklichung solcher Maßnahmen zu haben?

75. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Treffen Meldungen aus der DDR zu, wonach die Abfertigung im Transitverkehr von und nach Berlin am Grenzkontrollpunkt Helmstedt am 23. und 24. April dieses Jahres schleppend erfolgte, da nur zwei Zollbeamte und zwei Beamte des Bundesgrenzschutzes eingesetzt waren?

76. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung das Ansteigen der neuen zum 1. Januar 1974 wirksam werdenden Grundsteuern, und welche Auswirkungen wird die Grundsteuererhöhung auf die Nebenkosten bei der Miete haben, bzw. wie gedenkt sie solche Auswirkungen zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

77. Abgeordneter **Dr. Meinecke (Hamburg)** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, über die bisherigen Bemühungen des Bundesministers für Wirtschaft, seit Juni 1969, und des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, seit Februar 1972, hinaus, den Verband Deutscher Elektrotechniker (VDE), unter

Hinweis auf das Energiewirtschaftsgesetz, das Maschinenschutzgesetz und den Beschluß des Bundestags vom 3. März 1971 zu veranlassen, die im Hause der Berliner Kraft- und Licht (Bewag) — Aktiengesellschaft entwickelte berührungssichere Glühlampenfassung in die VDE-Vorschriften aufzunehmen?

78. Abgeordneter **Dr. Meinecke (Hamburg)** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß der Grund für die Verschleppung dieser für die Unfallverhütung wichtigen Angelegenheit durch die VDE darin zu suchen ist, daß die Mehrkosten für eine Vollschutzfassung ca. 10 Pfennig betragen würden oder daß der VDE die Aufforderungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung und der Stiftung Warentest nicht ernsthaft genug zur Kenntnis nehmen will?

79. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Jahresbericht 1972 der Deutschen Bundesbank, in dem von der Bundesrepublik Deutschland Flankenschutz für die Geldpolitik mit dem Hinweis gefordert wird, daß eine Reduzierung der Geldmenge allein gegen den Preisauftrieb machtlos sei?

80. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Ist sich die Bundesregierung im klaren, daß die Deutsche Bundesbank die bisherigen Regierungsmaßnahmen zur Erreichung der Stabilität nicht für ausreichend hält?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

81. Abgeordneter **Dr. Kempfler** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den landwirtschaftlichen Krankenkassen im Jahr 1974 Bundeszuschüsse zur Verfügung zu stellen, die es diesen gestatten, in Anlehnung an die Regelung in anderen EWG-Ländern sozial tragbare Beitragssätze in Rechnung zu stellen?

82. Abgeordneter **Dr. Kempfler** (CDU/CSU)

Ist bei grundsätzlicher Bereitstellung von Bundeszuschüssen daran gedacht, eine soziale Abstufung hinsichtlich der unterschiedlichen Beitragsgrößen festzulegen?

83. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Welcher Anteil ist in bezug auf den verbilligten Butterverkauf an die Sowjetunion, der die Steuerzahler mit über 1 Milliarde DM belastet, auf die Bundesrepublik Deutschland entfallen, und wie ist der teilweise Weiterverkauf nach Chile mit dem in den Verkaufsverträgen enthaltenen Lieferverbot an Drittländer in Einklang zu bringen?

84. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie wird die Förderungsschwelle beim einzelbetrieblichen Förderungsprogramm für die Landwirtschaft auf Grund des Einspruchs der EG-Kommission abgeändert, und welche Änderungen werden darüber hinaus notwendig werden?

85. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Werden die deutschen Bauern auf Grund der letzten Preisbeschlüsse des EG-Agrarministerrats in der Lage sein, die steigenden Betriebskosten infolge der zunehmenden inflationären Entwicklung auszugleichen und Anschluß an die Einkommensentwicklung im übrigen wirtschaftlichen Bereich finden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

86. Abgeordneter **Bremm** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die derzeitige Rechtslage für sachlich gerechtfertigt und sinnvoll, wonach ein wegen Überschreitens der Versicherungspflichtgrenze bei einer Ersatzkasse freiwillig weiterversicherter Angestellter, der daneben landwirtschaftlicher Unternehmer ist, an einer doppelten Beitragszahlung zur Krankenversicherung nicht vorbeikommt, denn den Krankengeldanspruch kann er nur durch die weitere Mitgliedschaft bei der Ersatzkasse aufrechterhalten, von der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung der Landwirte kann er nicht befreit werden?

87. Abgeordneter **Bremm** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung zum Vorschlag einer Gesetzesänderung bereit, die in solchen Fällen eine Befreiungsmöglichkeit in der Krankenversicherung der Landwirte einräumt oder auf andere Weise den Betroffenen von der Beitragszahlung an die zweite Krankenkasse befreit, ohne daß er den Krankengeldanspruch und den Arbeitgeberzuschuß zum Krankenversicherungsbeitrag (§ 405 RVO) einbüßt?

88. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Nichtberücksichtigung einer durch nachgewiesene Denunziation erfolgten Inhaftierung durch eine Besatzungsmacht nach Kriegsende und die daran anschließende Arbeitslosigkeit als Ersatzzeit im Sinne des § 28 AVG eine nicht vertretbare persönliche Härte für die Betroffenen bildet, und ist die Bundesregierung zu einer entsprechenden Gesetzesänderung bereit?

89. Abgeordneter **Geisenhofer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich nach dem Rentenreformgesetz 1972 neben Hausfrauen und Selbständigen auch Schwerbehinderte, die nicht erwerbstätig sein können, zur freiwilligen Versicherung und Nachversicherung anmelden, daß diese Behinderten jedoch als Erwerbs- bzw. Berufsunfähige eine Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente nicht erhalten können?

90. Abgeordneter **Geisenhofer** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine Gesetzesänderung dahin gehend für sinnvoll, daß wenigstens für solche Berufs- oder Erwerbsunfähige, für die 15 Jahre lang Beiträge entrichtet worden sind, eine Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente gezahlt werden kann, und falls ja, sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, diesem Personenkreis einen Freibetrag bei der Anrechnung der Rente auf Sozialhilfe einzuräumen, weil sonst Eigenvorsorge der Betroffenen oder auch ihrer Angehörigen im Regelfall sinnlos ist?

91. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im § 28 des Jugendarbeitsschutzgesetzes eingeräumte Möglichkeit, für Jugendliche über 16 Jahre durch die Gewerbeaufsichtsämter Akkord- bzw. Fließarbeit in Ausnahmefällen zuzulassen, und ist sie gegebenenfalls der Auffassung, daß der Gesetzestext so geändert werden sollte, daß grundsätzlich für Jugendliche unter 18 Jahren die Beschäftigung mit Akkord- oder Fließarbeit verboten wird?

92. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung den sozialen Status der schwerkriegsbeschädigten Landwirte dadurch verbessern, daß sie die nach dem Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte bestehende volle Beitragspflicht nach dem Flächenwert ändert und eine der kostenlosen Heilbehandlungen gem. § 10 des Bundesversorgungsgesetzes entsprechende Regelung für diesen Personenkreis und deren Familienangehörige trifft, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Beiträge der Landwirte zur landwirtschaftlichen Krankenkasse für mitarbeitende Familienangehörige zu hoch sind und unverzüglich einer Herabsetzung bedürfen?

93. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Trifft die Feststellung eines Frankfurter Schöffengerichts zu, daß durch technische Unzulänglichkeiten eines bestimmten Baggermodells es eine Reihe von tödlichen Unfällen gegeben hat, und daß der Gesetzgeber durch Sachverständige mehrmals darauf hingewiesen wurde, und, wenn ja, wird die Bundesregierung nunmehr die Initiative ergreifen und den Betrieb dieses Baggermodells für die Verlegung von Kanalisationsrohren verbieten?

94. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Treffen Meldungen einzelner Unternehmer und Wirtschaftsverbände zu, die von einem alarmierenden Ansteigen des Krankenstands in den letzten Jahren sprechen und dafür das Lohnfortzahlungsgesetz verantwortlich machen, oder ist die Bundesregierung demgegenüber der Auffassung, daß sich das Lohnfortzahlungsgesetz voll bewährt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

95. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die in der Zeitschrift „die familie" (Nr. 1 — Januar/Februar 1973) veröffentlichten Forderungen des Deutschen Familienverbands für berechtigt, wonach bis zur Steuerreform eine Übergangslösung zum Familienlastenausgleich in Form einer monatlichen Abschlagszahlung von 40 DM ab erstem Kind für jedes Kind, zusätzlich zum gegenwärtigen Kindergeld, geschaffen werden soll?

96. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Wenn ja, inwieweit ist dann die Bundesregierung bereit, dieser Forderung entgegenzukommen?

97. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)

Ist der Bundesregierung auf Grund neuerer Untersuchungen bekannt, wie viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland infolge von Gebrauch des in frei verkäuflichen Schmerzmitteln enthaltenen Wirkstoffs Phenacetin durch Nierenschäden schwer erkrankt oder gestorben sind, und ist die Bundesregierung bereit, die Wirkung von Phenacetin in der Bevölkerung nach neuestem Stand prüfen zu lassen und bis zum Ergebnis der Untersuchungen die phenacetinhaltigen Medikamente rezeptpflichtig zu machen?

98. Abgeordneter **Immer** (SPD)

Woran ist bisher die dringend notwendige Einführung eines bundeseinheitlichen Gesundheits- bzw. Impfpasses gescheitert, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um den jetzigen — im Blick auf die wachsende Zahl von Arbeits- und Verkehrsunfällen — unhaltbaren Zustand zu beseitigen?

99. Abgeordneter **Immer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß ein großer Teil der besonders im ländlichen Raum praktizierenden Ärzte überaltert ist und häufig den notwendigen diagnostischen und therapeutischen Erfordernissen nicht mehr gewachsen ist, und welche Möglichkeiten einer angemessenen ärztlichen Versorgung für die Landbevölkerung sieht die Bundesregierung?

100. Abgeordneter **Baier** (CDU/CSU)

Ist der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit mit mir der Meinung, daß die Entscheidung des Kuratoriums des deutsch-französischen Jugendwerks, wonach im schulischen Bereich nur noch Veranstaltungen im Rahmen offizieller Schulpartnerschaften allgemeinbildender Schulen gefördert werden sollen, dazu führt, daß viele Schülerbegegnungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich unterbleiben müssen, und damit der deutsch-französische Jugendaustausch einen weiteren Rückschlag erleidet?

101. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung im Interesse der Verbraucher für gerechtfertigt, die weithin bekannte Kennzeichnung, die Einmaligkeit und den Werbewert der Bezeichnung „Schwarzwälder Kirschwasser" dadurch herabzumindern und zu verwässern, daß — laut Badisches Tagblatt vom 21. April 1973 — Bestrebungen im Gang sind, auch aus Kirschen anderer Gegenden als dem Schwarzwald vermeintlich „Schwarzwälder Kirschwasser" zu gewinnen, sofern diese Kirschen nur im Schwarzwald gebrannt sind?

102. Abgeordneter **Kater** (SPD)

Kann die Bundesregierung angeben bzw. ermitteln, wie hoch der Anteil an Patienten in den Krankenhäusern ist, die ausgesprochene Pflegefälle sind?

103. Abgeordneter **Kater** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Initiativen zu ergreifen oder zu unterstützen, die dazu führen, daß die Krankenhäuser von solchen Pflegefällen mehr als bisher entlastet werden?

104. Abgeordneter **Baier** (CDU/CSU)

Angesichts der Tatsache, daß die Bundesregierung eine grundsätzliche Reform des Familienlastenausgleichs frühestens 1976 vorsieht, frage ich, ob die Bundesregierung bereit ist, unverzüglich direkte finanzielle Leistungen des Familienlastenausgleichs (Kindergeld) zu erhöhen, um den seit 1964 infolge der Steigerung der Lebenshaltungskosten um mehr als ein Drittel entstandenen Nachholbedarf der Familien mit mehreren Kindern zu befriedigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

105. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Welche Überlegungen haben den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Haar, veranlaßt, Pressemeldungen zufolge kürzlich in Hannover sinngemäß zu erklären, über den Bau der vorgesehenen Ergänzungsstrecke der Deutschen Bundesbahn

Hannover—Kassel sei praktisch schon in dem Sinn entschieden, daß diese Ergänzungsstrecke nicht über Göttingen, sondern durch das Wesertal geführt werde, und wie vereinbart die Bundesregierung diese Absicht mit den Notwendigkeiten einer besseren Verkehrsbedienung des Zonenrandgebiets im Bereich Göttingen?

106. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Nach welchen Gesichtspunkten wägt die Bundesregierung zwischen den Erfordernissen höherer Sicherheit für Verkehrsteilnehmer und den Kostenzumutungen an die Kraftfahrzeugindustrie ab, wenn Vorschriften über zusätzliche Sicherheitsausstattungen zu erwägen sind?

107. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung in Anwendung dieser Gesichtspunkte, über die serienmäßige Ausstattung von Kraftfahrzeugen mit Haltegurten und Kopfstützen zu entscheiden?

108. Abgeordneter **Waltemathe** (SPD)

Ist die im Raumordnungsbericht 1972, Seite 114, erwähnte Kostennutzenanalyse zur Beurteilung von Investitionen im Fernverkehr der Deutschen Bundesbahn und im Luftverkehr der Bundesrepublik Deutschland bis 1980 inzwischen durch die Bundesregierung ausgewertet, und welche Konsequenzen werden daraus für den Ausbau der Verkehrsflughäfen abgeleitet?

109. Abgeordnete **Frau Dr. Riedel-Martiny** (SPD)

Inwieweit ist die Planung der Interkontinentalflughäfen, insbesondere die von München II, im Hinblick auf die voraussichtliche Abnahme des innerdeutschen Flugverkehrs infolge der wachsenden Leistungsfähigkeit der Deutschen Bundesbahn mit den Planungen jetzt in Vorbereitung befindlicher neuer schienengebundener Verkehrssysteme und der anzustrebenden Raum- und Siedlungsstruktur abgestimmt?

110. Abgeordnete **Frau Dr. Riedel-Martiny** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, vor Übernahme neuer finanzieller Verpflichtungen für die Planung und den Ausbau des Großflughafens München II die Fertigstellung des Bundesraumordnungsprogramms und des Gesamtverkehrswegeplans abzuwarten?

111. Abgeordneter **Wende** (SPD)

Welche Erfahrungen hat die Deutsche Bundesbahn mit den Sonderangeboten „Rosa Zeiten", „Di-Mi-Do"-Programm und „Seniorenreisen" gemacht, und kann die Bundesregierung der Deutschen Bundesbahn eine Fortführung solcher Aktionen, insbesondere für Rentner, für dieses Jahr empfehlen?

112. Abgeordneter **Dr. Böhme (Freiburg)** (SPD)

Welchen Stand haben die von der Bundesregierung unterstützten Untersuchungen zur Entwicklung leistungsfähiger und moderner Nahverkehrsmittel, und welche Projekte werden gefördert?

113. Abgeordneter **Dr. Böhme (Freiburg)** (SPD)

Welches sind die dazu von der Bundesregierung eingesetzten Finanzmittel, und kann ein Zeitpunkt genannt werden, zu dem Ergebnisse erwartet werden, die den Gemeinden als Grundlage für ihre weitere Planung dienen können?

114. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß zugunsten von Anliegern verkehrsreicher Straßen auch aus Gründen des Lärmschutzes Geschwindigkeitsbegrenzungen angeordnet werden können?

115. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Vorschlag, die S-Bahn des Münchner Verkehrsverbunds bis in die Erholungsgebiete und Fremdenverkehrsschwerpunkte der Bayerischen Alpen (z. B. Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz, Oberaudorf, Kochel, Bad Reichenhall und Füssen) auszubauen, um dadurch einerseits den Freizeitwert der Bevölkerung im Ballungszentrum München zu erhöhen und andererseits den ständig wachsenden Straßenverkehr in vernünftige Grenzen zu halten, zu prüfen?

116. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Wenn ja, wann kann gegebenenfalls mit der Bekanntgabe des Ergebnisses dieser Überprüfung gerechnet werden?

117. Abgeordnete **Frau Verhülsdonk** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die bisherigen Aktionen der Deutschen Bundesbahn betreffend Fahrpreisermäßigung für Rentner von der Leitung des Unternehmens stets als finanzieller Erfolg für das Unternehmen bewertet wurden?

118. Abgeordnete **Frau Verhülsdonk** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung, die auch die bisherigen Aktionen durch den Bundesverkehrsminister angekündigt hat, Auskunft darüber geben, ob und wann es seitens der Deutschen Bundesbahn eine neue Aktion „Rentnerfahrkarten" geben wird?

119. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Welche Gründe hat die Bundesregierung, die das Berufsbild der Berufskraftfahrer regelnde Verordnung erst zum 1. Januar 1974 in Kraft treten zu lassen?

120. Abgeordneter **Sauter** (CDU/CSU)

Nachdem die Bundesregierung in Beantwortung meiner Fragen betreffend den Ausbau der Bundesautobahn Stuttgart—westliches Bodenseegebiet (Drucksache 7/296, Fragen A 82 und 83; Stenographischer Bericht über die 21. Sitzung am 16. März 1973, Seite 1048) erklärte, daß allenfalls rechtliche Schwierigkeiten eine Verzögerung des Ausbaus befürchten lassen, und nach dem meine Informationen ergeben haben, daß bis zum Herbst 1973 alle Planfeststellungsverfahren abgeschlossen sind, frage ich die Bundesregierung erneut, ob die Fertigstellung dieser Autobahn bis zum Jahr 1977 gewährleistet ist?

121. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob und in welchem Umfange durch Einschränkung der Haushaltsmittel des Bundesverkehrsministeriums im Zonenrandgebiet und hier insbesondere im Verwaltungsbezirk Braunschweig eine Verzögerung der für 1973 und 1974 geplanten Baumaßnahmen eintritt?

122. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, warum die seit Jahren geführten Verhandlungen der Deutschen Bundesbahn mit der Landesregierung Niedersachsen über die Finanzierung der Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Lehrte — Braunschweig — Helmstedt nicht zu Ende geführt werden, und kann sie bestätigen, daß durch hinhaltende Verhandlungsweise der niedersächsischen Landesregierung der Ausbau dieser Strecke um Jahre verzögert wurde?

123. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach im Bundesgebiet Fahrkarten in die DDR und nach Berlin (West) an Auslandsschaltern verkauft werden, und wenn ja, was wird die Bundesregierung tun, um derartige fehlsame Verkaufspraxen umgehend abzustellen?

124. Abgeordneter **Damm** (CDU/CSU)

Könnte die Bundesregierung Gründe angeben, die es ihr geraten erscheinen lassen, der Deutschen Bundesbahn zu empfehlen, in den S-Bahnen die 1. Klasse und die Raucherabteile abzuschaffen?

125. Abgeordneter **Dr. Gruhl** (CDU/CSU)

Befürchtet die Bundesregierung nachteilige Folgen für deutsche Luftfahrtgesellschaften, wenn die Bundesrepublik Deutschland erhöhte Start- und Landegebühren für lärmstarke Flugzeuge einführen und damit zwar nicht internationale Verträge, aber eine internationale Übung durchbrechen würde?

126. Abgeordneter **Dr. Gruhl** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, mit den für den Luftverkehr wichtigsten Staaten Gespräche zwecks eines gemeinsamen Vorgehens in dieser Frage einzuleiten?

127. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien wurde im Haushaltsjahr 1973 die Verteilung der Straßenbaumittel auf die einzelnen Bundesländer vorgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

128. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß seit Beginn dieses Jahrs an der Zonengrenze in Lüchow-Dannenberg seitens der DDR neue Grenzbefestigungen (Verdoppelung der Hinterlandzäune, stärkere Bestückung der Hundelaufanlage, Vermehrung der Betonbunker, dreireihige Verminung) eingeführt worden sind, welche Sinngebung und Aufgabenstellung sieht die Bundesregierung in diesen neuen Maßnahmen der DDR-Regierung, und wie vertragen sich diese Maßnahmen mit der These der Bundesregierung von der zunehmenden Durchlässigkeit der Demarkationslinie?

129. Abgeordneter **Ernesti** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den vollen Wortlaut des Protests der drei westlichen Stadtkommandanten zu dem schweren Zwischenfall an der Sektorengrenze in der Nähe des Reichstags und ihre eigene Stellungnahme zu diesen Vorgängen dem Deutschen Bundestag mitzuteilen?

130. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Entsprechen die von der Illustrierten „Stern" veröffentlichten Informationen den Tatsachen, daß die Bundesregierung beabsichtigt, Mitte kommenden Jahrs das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen aufzulösen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen

131. Abgeordneter **Reiser** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Bauträger von solchen Hochhäusern, die den Fernsehempfang in ihrem Umkreis stören, zu verpflichten, die Kosten zur Behebung dieser Störungen zu übernehmen?

132. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Meldung der „Welt" vom 18. April 1973 bestätigen, daß die Sowjetunion seit Anfang 1972 nahezu 3000 Einschreibebriefe aus dem Bereich der Deutschen Bundespost, die an jüdische Empfänger in der Sowjetunion gerichtet waren, habe verschwinden lassen, und was hat die Bundesregierung — bejahendenfalls — unternommen, bzw. gedenkt sie zu tun, um eine ordnungsgemäße Behandlung und Zustellung deutscher Postsendungen sicherzustellen, nachdem die Interventionen der zuständigen Oberpostdirektionen keinen Erfolg gezeitigt haben?

133. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß von der Erhöhung der Telefongrundgebühren auf 26 DM ältere und körperbehinderte Personen in besonderer Weise betroffen werden?

134. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, daß dem Personenkreis, für den das Telefon eine lebensnotwendige Einrichtung ist, ermäßigte Sondertarife eingeräumt bzw. dafür einzutreten, daß in besonders schwerwiegenden Fällen die Grundgebühren ganz erlassen werden?

135. Abgeordneter
Rollmann
(CDU/CSU)

Aus welchem Grund erscheint zum 25. Jahrestag der Berliner Blockade das in der Markenplanung für 1973 angekündigte Sonderpostwertzeichen „Luftbrücke Berlin" der Landespostdirektion Berlin nicht?

136. Abgeordneter
Wolfram
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Berichte über die ständige Zunahme des Anbringens sogenannter „Mini-Spione" und das damit verbundene unerlaubte Abhören von Gesprächen, Verhandlungen usw., und hat die Bundesregierung die Absicht, über die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten hinaus Schritte zu unternehmen, damit dieser bedrohlichen Entwicklung Einhalt geboten wird?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Verhandlungen zwischen den UNESCO-Komitees Deutschlands und Polens über die Revision der beiderseitigen Schulbücher angesichts der von polnischer Seite vertretenen Auffassung, „daß es die BRD ist, die zu mehr als 95% die falsche Informationen enthaltenden Schulbücher ändern muß," und teilt sie die Auffassung, daß politische Erklärungen dieser Art ungeeignet sind, die deutsch-polnischen Beziehungen zu verbessern, sondern vielmehr ein Ausdruck des kommunistischen Anspruchs sind, allein zu bestimmen, was wahr und was unwahr ist?

2. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Wie weit sind die Bemühungen gediehen, den Eigentümern grenznahen deutschen Grundbesitzes in Frankreich (Sequesterland) die freie Verfügbarkeit dieses ihres Eigentums wieder zu verschaffen?

3. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Wenn die freie Verfügbarkeit nicht erreicht werden kann, welche Möglichkeiten sieht dann die Bundesregierung, die Eigentümer so schnell wie möglich zu entschädigen?

4. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Ministerrat der EWG dafür einzutreten, daß mit dem stufenweisen Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion in einem Rahmenplan die Etappen der Erweiterung der Rechte des Parlaments festgelegt werden, und wenn ja, in welcher Richtung gehen die Vorstellungen der Bundesregierung?

5. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Glaubt die Bundesregierung, der UNO-Charta und den demokratischen Rechten der Menschen in Deutschland gerecht zu werden, wenn sie anläßlich des geplanten UNO-Beitritts kein Memorandum über die Menschenrechtslage in Deutschland einbringen will?

6. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, 1974 und 1975 ebenfalls die Memoranden zur Menschenrechtslage in Deutschland zu unterlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

7. Abgeordneter **Thürk** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an der von ihr selbst im „Weißbuch zur zivilen Verteidigung" dargelegten Auffassung fest, daß die Aufwendungen für den Bereich der zivilen Verteidigung

im Verhältnis nicht stärker eingeschränkt werden dürfen, als die für den Bereich der militärischen Verteidigung, daß sogar ein Verhältnis von 1 : 20 (heute 1 : 46) angestrebt werden soll, und wird sie in Verfolg dieser Auffassung bereit sein, nachdrücklich den Bau von zivilen Schutzbauwerken unter Aufgabe der derzeitigen einschneidenden Mittelsperrung für diesen Zweck zu fördern, und zwar unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Neuerrichtung von Schutzbauwerken zwar für die zivile Verteidigung, insbesondere in der Form von Mehrzweckanlagen, sicher förderungswürdig ist, daß aber die Nutzbarmachung vorhandener Anlagen — soweit sie den heutigen Vorschriften entsprechen — bei geringerem finanziellen Aufwand einen relativ höheren Effekt verspricht?

8. Abgeordneter **Thürk** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, aus der Erkenntnis, daß mit verhältnismäßig geringeren finanziellen Mitteln die vorhandenen Schutzbauwerke kurzfristig dem Bevölkerungsschutz dienlich gemacht werden können, zugunsten der Landeshauptstadt Saarbrücken noch im Haushalt 1973 — und dann fortlaufend — Mittel in entsprechender Größenordnung zur weiteren Nutzbarmachung zur Verfügung zu stellen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung des Umstands, daß im Stadtbereich erst drei von 127 vorhandenen und davon instandsetzungswürdigen Schutzbauwerken nutzbar gemacht und der Kommune übergeben worden sind, wobei zur Begründung der Mittelbewilligung davon auszugehen ist, daß die Landeshauptstadt Verwaltungs- und Regierungsschwerpunkt mit hoher Personalkonzentration ist und zudem 52 luftschutztaktische Gutachten der örtlichen Bundesvermögensverwaltung seit längerem vorliegen, von denen lediglich zwei dem zuständigen Minister der Finanzen zum Zweck der Mittelbewilligung zugeleitet, jedoch trotz der geringen Anzahl und des geringen Umfangs abschlägig beschieden worden sind?

9. Abgeordneter **Vohrer** (FDP)

Wie weit sind die Pläne zur Entnahme des Wassers aus dem Bodensee und dem Hochrhein für den Neckar im Gegensatz zu den Absichten der Bundesregierung, eine internationale Rheinkonvention zu erreichen, und wie weit interveniert das Auswärtige Amt, da die Pläne auch die Hochrheinschiffahrt betreffen und es sich um ein grenzüberschreitendes Objekt handelt?

10. Abgeordneter **Vohrer** (FDP)

Welche Haltung bezieht die Bundesregierung zu der Befürchtung wirtschaftlicher Rückschläge für die Region Hochrhein zugunsten der Ballungsräume am oberen Neckar?

11. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die derzeit geltenden Bestimmungen über den Grenzverkehr mit dem Königreich Belgien und dem Großherzogtum Luxemburg (insbesondere z. B. die Regelung bei den Grenzbrücken über die Our im Bereich der Verbandsgemeinde Arzfeld im Landkreis Bitburg-Prüm bei Stupbach, Welchenhausen und Tentismühle sowie die Schließung des Grenzübergangs Lützkampen-Bock während der Nachtstunden) den Interessen der Grenzbevölkerung nicht entsprechen und den Bemühungen der überörtlichen und örtlichen Stellen zur Intensivierung des Fremdenverkehrs zuwiderlaufen?

12. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die seit dem Jahr 1961 geschaffenen 1083 Selbstschutzzüge in der Bundesrepublik Deutschland, davon allein 183 in Bayern, nunmehr aufgelöst werden sollen, und wenn ja, stimmen Berichte, daß die vorhandenen Geräte vom Bundesministerium für Verkehr bzw. von den Einrichtungen der Deutschen Bundesbahn übernommen werden sollen?

13. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Anregung von Regierungspräsident Dr. Munzinger, die er in einer Diskussion bei der Reaktortagung in Karlsruhe im vergangenen Monat nach dem Bricht in der „Welt" Nr. 89 vom 14. April 1973 in dieser Weise vorgetragen und begründet hat: „Munzinger richtet daher an Bonn die Bitte, nach dem Muster des Wehrbeauftragten eine Treuhandstelle für Umweltanliegen einzurichten. Der Bürger müsse eine Chance haben, in so gravierenden Fragen, wie dem industriellen Eingriff in seinen Lebensraum, einen direkten Draht zum Parlament zu haben — an der Allmacht der Verwaltungsbürokratie vorbei. Munzinger meint, daß die Bevölkerung doch nicht glaube, daß etwa ein Bundesland völlig frei und nur sachbezogen den Bau eines Kernkraftwerks ablehne oder billige. Und mit einer solchen Meinung liege der Bürger nicht einmal falsch."?

14. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Anregung von Baudirektor Dipl.-Ing. Friedrich Engel, Präsident des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern, die er bei einer Befragung von Sachverständigen durch das Bundesministerium des Innern vertrat, aufzunehmen, nämlich den Handel in einem bestimmten Wasserversorgungsbereich zu veranlassen, nur Waschmittel mit der für dieses Gebiet zutreffenden Dosierungsvorschrift entsprechend der Wasserhärte anzubieten, um so die Phosphatbelastung vor allem der stehenden Gewässer zu reduzieren?

15. Abgeordneter **Dr. Oetting** (SPD)

Glaubt die Bundesregierung, daß es nach dem Beschluß des Bundesrats, die Kompetenz für den Umweltschutz bei den Ländern zu belassen, trotzdem notwendig ist, ein Bundesamt für den Umweltschutz einzurichten, da dieses dann nur beratende Aufgaben bekommen könnte und keine Möglichkeiten für diese Behörde bestünden, exekutiv tätig zu werden?

16. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach Freie Tankstellen und Tankstellen von Kaufhäusern Super-Benzin mit zu geringer Oktanzahl anbieten, und welche Maßnahmen vermag die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen einzuleiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

17. Abgeordneter **Zeyer** (CDU/CSU)

In welcher Höhe sind Investitionszulagen nach dem Steueränderungsgesetz vom 18. August 1969 (BGBl. I S. 1211) in sogenannten Schwerpunktsorten gemäß § 2 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" vom 6. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1861) und in den übrigen förderungsbedürftigen Gebieten gezahlt worden?

18. Abgeordneter **Zeyer** (CDU/CSU)

In welcher Höhe liegen Anträge auf Bewilligung der Investitionszulage aus Schwerpunktorten und aus den übrigen förderungsbedürftigen Gebieten vor?

19. Abgeordneter **Wende** (SPD)

Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Einwohner der Stadt Fellbach, Württ., vor Fluglärm zu schützen, der durch tieffliegende Hubschrauber der amerikanischen Streitkräfte bei Tag und Nacht in diesem Gebiet entsteht?

20. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Bundestag ergänzend zu ihrer Unterrichtung über die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke in den Jahren 1971 und 1972 (Drucksache 7/282 vom 2. März 1972) über die im gleichen Zeitraum verbilligte Verpachtung bundeseigener Grundstücke zu berichten und zwar in der gleichen Aufgliederung nach Verwendungszwecken, Flächengrößen, Pachterlösen und Pachtermäßigungen?

21. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Bundestag sowohl über die nicht verbilligte Veräußerung als auch über die nicht verbilligte Verpachtung bundeseigener Grundstücke, getrennt nach den Jahren 1969, 1970, 1971 und 1972, zu berichten und zwar aufgegliedert nach Verwendungszwecken, Flächengrößen und Verkaufserlösen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

22. Abgeordneter **Kater** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Beratungsergebnisse und Vorschläge der Ende März in Fulda durchgeführten Tagung von Experten der Eichämter in der Bundesrepublik Deutschland bekannt, und wie beurteilt die Bundesregierung die in dieser Fuldaer Tagung vorgetragenen Erfahrungen und Empfehlungen, nach denen u. a. eine Reform der Fertigverpackungsverordnung und die Einführung von Bußgeldverfahren zur Bekämpfung von „Mogel-Pakkungen" für erforderlich gehalten wurden?

23. Abgeordnete **Frau Meermann** (SPD)

Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß der italienische Staat der Schuhindustrie indirekte Subventionen gibt, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung gegebenenfalls daraus ziehen?

24. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in der Lage, durch Errichtung oder Verlagerung von Bundesbehörden in das Zonenrandgebiet für die überdurchschnittlich große Zahl von Realschülern in diesem Raum geeignete Arbeitsplätze zu schaffen, oder welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, um diesem Problem Rechnung zu tragen?

25. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, im Zuge der Fortschreibung des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für den Zeitraum 1973 bis 1976 einer Erhöhung der Förderpräferenz der Stadt Tirschenreuth (Oberpfalz) im Planungsausschuß dieser Gemeinschaftsaufgabe zuzustimmen, sofern die bayerische Staatsregierung einen entsprechenden Antrag im Planungsausschuß einbringt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

26. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Trifft die Behauptung des Sprechers der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher im Tagesmagazin des Westdeutschen Fernsehens am 2. April 1973 zu, daß das EWG-Agrarpreissystem allein in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 16 Milliarden DM jährlich an Kosten verursacht, die vor allem den großen Betrieben zugutekommen, deren Monatseinnahmen ohnehin zwischen 2000 DM und 10 000 DM liegen?

27. Abgeordneter **Geldner** (FDP)

Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, die Vorteile des preisgünstigen Weltmarktangebots an Agrarprodukten zu nutzen und den Bauern, was wesentlich rationeller sein soll und angeblich zu einer Preissenkung der Lebensmittel um 5 Prozent bis 10 Prozent führen würde, direkte Einkommensübertragungen zu zahlen?

28. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Wird derzeit Rindfleisch aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt, wieviel in den vergangenen sechs Monaten und zu welchen Preisen in DM?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

29. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Wie hoch ist die Zahl der laufenden Prozesse, die wegen der sachlichen Zuständigkeit der Berufsgenossenschaften im Rahmen des gesetzlichen Unfallversicherungsrechts zur Zeit anhängig sind, und wie hoch war die Zahl in den einzelnen Jahren seit 1963, seit dem durch Beschluß des Bundestags durch Artikel 3 § 11 des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes ein vorläufiger Katasterfrieden gewährleistet wurde?

30. Abgeordneter **Wende** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Arbeitsamts Stuttgart, welches den Antrag einer Studentin für Tanzpädagogik an der Musikhochschule München auf Gewährung von Unterhalts- und Studiengeld nach §§ 44 und 45 des Arbeitsförderungsgesetzes mit der Begründung ablehnte „. . . die(se) arbeitsmarktpolitische Zweckmäßigkeit ist für die Ausbildung zur Ballettpädagogin nicht gegeben", und, falls dies so ist, würde überhaupt je für künstlerische Berufe der Nachweis einer „arbeitsmarktpolitischen Zweckmäßigkeit" gelingen?

31. Abgeordneter **Seibert** (SPD)

Bis zu welchem Zeitpunkt dürfte voraussichtlich die Umstellung der Rentenberechnung auf Datenverarbeitung in der gesetzlichen Rentenversicherung abgeschlossen sein?

32. Abgeordneter **Seibert** (SPD)

Bis wann ist mit dem regelmäßigen Versand der Kontoauszüge an die Versicherten zu rechnen, und welcher Turnus ist dafür vorgesehen?

33. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung im Zuge der weiteren Entwicklung der Kontakte mit der Regierung der Volksrepublik Polen Erkenntnisse darüber gewinnen können, ob bei der Berechnung polnischer Renten die bis 1945 bei deutschen Versicherungsträgern zurückgelegten Versicherungszeiten rentensteigernd berücksichtigt werden?

34. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung im Fall der Nichtberücksichtigung dieser Zeiten bereit, sich nachdrücklich darum zu bemühen, daß Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen auch an Deutsche in den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten ausgezahlt werden können?

35. Abgeordneter **Kater** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung in Zukunft zusätzlich zu tun bzw. zu veranlassen, um die gesellschaftliche Benachteiligung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien durch die bestehenden Sprachbarrieren, durch welche u. a. die grundsätzlich gleichen Rechte der ausländischen Arbeitnehmer im Arbeits- und Sozialrecht gegenüber deutschen Arbeitnehmern eingeschränkt werden, weiterhin und verstärkt abzubauen?

36. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Da die Staats- und Regierungschefs auf der Pariser Gipfelkonferenz vom Oktober 1972 beschlossen haben, daß „energischen Maßnahmen im sozialen Bereich der EWG die gleiche Bedeutung zukommt wie der Wirtschafts- und Währungsunion" und die Bundesregierung wiederholt betont hat, daß es ein vordringliches Anliegen ihrer Politik sei, die Sozialpolitik in der Gemeinschaft zu fördern, frage ich die Bundesregierung, über welches Konzept sie für die Durchführung dieser Politik und den Ausbau und die Anwendung des Europäischen Sozialfonds verfügt?

37. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie hoch würden die Mehreinnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung bei — wie von verschiedener Seite in der letzten Zeit gefordert — einer Erhöhung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung auf 100% der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung sein, und welche Beitragssatzungssenkung würde dadurch ermöglicht?

38. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie hoch wäre der Verlust an Vollversicherten innerhalb der privaten Krankenversicherung — absolut und relativ —, der sich bei einer solchen Maßnahme und bei Aufhebung der Pflichtversicherungsgrenze innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung für Angestellte ergeben würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

39. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Bereich des „Hohen Bogens" der militärische Sicherheitsbereich ausgedehnt werden soll, und wenn ja, werden alle notwendigen Maßnahmen getroffen, damit der dort entstehende Fremdenverkehr nicht unzumutbare Rückschläge erleidet?

40. Abgeordneter **Dr. Klepsch** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Bereich Pipeline-Erprobung im Rahmen der Erprobungsstelle 51 Koblenz-Karthause dann unverzüglich zu verlegen, wenn die Stadt ein ausreichend großes Gelände im Bereich Rübenach für zehn Jahre zur Verfügung stellt?

41. Abgeordneter **Flämig** (SPD)

Wurde im Rahmen der Fürsorgepflicht des Bundes angesichts der bevorstehenden Zusammenlegung der Kreiswehrersatzämter Frankfurt/M. und Hanau nach Eschborn/Taunus ein Sozialplan zur Unterbringung derjenigen Behördenbediensteten aufgestellt, denen aus triftigen Gründen nicht zugemutet werden kann, von ihrem bisherigen Wohnsitz täglich nach Eschborn und zurück zu fahren bzw. ihre Wohnung nach Eschborn zu verlegen?

42. Abgeordneter **Vogel (Ennepetal)** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben den Bundesminister der Verteidigung veranlaßt, auf den bis zum Dezember 1972 geübten Abdruck der Worte „Einigkeit und Recht und Freiheit" auf der letzten Umschlagseite der monatlichen „Information für die Truppe" ab Januar 1973 zu verzichten?

43. Abgeordneter **Vogel (Ennepetal)** (CDU/CSU)

Sind diese Gründe der Truppe bekanntgegeben worden, oder wird der Bundesminister der Verteidigung sie der Truppe noch bekanntgeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

44. Abgeordneter **Lemmrich** (CDU/CSU)

Für den Fall, daß vom Bund die Versuchsanlage für Verkehrstechnik in Donauried, Landkreis Dillingen (Donau), errichtet werden soll, wird der Bund für den dann erworbenen Grund an die betreffenden Gemeinden Grundsteuer zahlen?

45. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen mit der DDR vorgenommen, um die Zufahrtswege nach Berlin — insbesondere die Autobahnstrecke Marienborn—Magdeburg — den modernen technischen Verkehrsbedürfnissen anzupassen?

46. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Welche Bemühungen hat die Bundesregierung in der Zwischenzeit unternommen, um dafür Sorge zu tragen, daß der bereits am 31. März 1973 gemäß Artikel 18 des Transitabkommens gezahlte Betrag in Höhe von 234,9 Millionen DM eine Zweckbindung für die Reparatur und den weiteren Ausbau der in der DDR befindlichen Zugangswege von Westdeutschland nach Berlin erfährt?

47. Abgeordneter **Schäfer (Appenweier)** (SPD)

Trifft es zu, daß das Ausbauprogramm für das Netz der Deutschen Bundesbahn im mittelbadischen Bereich ohne Abstimmung mit entsprechenden französischen Planungen, ja sogar ohne Kontaktaufnahme mit den entsprechenden französischen Planungsstellen erstellt worden ist, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß nationale Verkehrsplanungen — zumal in Grenznähe — so zu erfolgen haben, daß sie sich in eine europäische Verkehrsplanung — zumindest innerhalb der EWG — einfügen lassen?

48. Abgeordneter **Schäfer (Appenweier)** (SPD)

Drängt die Bundesregierung auf ein einheitliches verkehrspolitisches Konzept der EWG-Partner, und inwieweit ist sie bis jetzt erfolgreich?

49. Abgeordneter **Baier** (CDU/CSU)

Angesichts der nicht mehr erträglichen Verkehrsverhältnisse auf der Bundesstraße 3 zwischen Nußloch und Heidelberg, insbesondere jedoch auf dem Engpaß in Leimen, wo täglich kilometerlange Autoschlangen entstehen, frage ich, ob der Bundesminister für Verkehr bereit ist, unverzüglich die notwendigen Schritte (Planfestsetzung und Brückenbau) einzuleiten und den Ausbau der Bundesstraße 3, Ortsumgehung Leimen, bis zum Kurpfalzring Heidelberg sobald wie möglich durchzuführen?

50. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Wird mit den im Bundeshaushaltsplan 1973 im Einzelplan 12 vorgesehenen Mitteln in Höhe von [illegible]000 000 DM für den Ausbau von Teilstrecken zwischen Solingen und Radevormwald einschließlich Ortsdurchfahrt Radevormwald schon in diesem Jahr der Ausbau der Ortsdurchfahrt Radevormwald durchgeführt?

51. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Falls der Ausbau der Ortsdurchfahrt im Jahr 1973 noch nicht vorgesehen ist, wann ist mit dem Ausbau und damit mit der Beseitigung des Engpasses in Radevormwald zu rechnen?

52. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Suche nach der optimalen Trasse für den Bundesautobahnabschnitt Freiburg—Donaueschingen die im § 7 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 für geeignete Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung vorgeschriebenen Nutzen-Kosten-Untersuchungen für mehrere mögliche Varianten anzustellen, um bei ihrer endgültigen Entscheidung über die optimale Trassenführung auf wissenschaftliche Untersuchungen zurückgreifen zu können, die die verschiedenartigen zu berücksichtigenden Gesichtspunkte quantitativ analysieren?

53. Abgeordneter **Dr. Waffenschmidt** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung veranlaßt, bzw. gedenkt sie in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbahn und dem Land Nordrhein-Westfalen zu tun, um zu einer möglichst baldigen Elektrifizierung der Siegtalstrecke der Deutschen Bundesbahn zu kommen?

54. Abgeordneter **Fellermaier** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in Bayern durchgeführten Versuche des Grünblinkens in Lichtzeichenanlagen als Ankündigung des unmmitelbar bevorstehenden Wechsels auf Gelb in ihren Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, den § 37 der Straßenverkehrs-Ordnung so zu ändern, daß das Grünblinken vor dem Wechsel auf Gelb bei Ampeln ausdrücklich zulässig ist?

55. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Zu welchem Zeitpunkt ist mit dem Beginn der Baumaßnahmen zur Beseitigung des höhengleichen Bahnübergangs Posten 4 im Zuge der B 42 in der Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg zu rechnen?

56. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der noch nicht absehbaren Fertigstellung des Fernstraßenrings West um München, die dadurch zunehmende Belastung des westlichen mittleren Rings im Zuge der bewohnten Stadtgebiete an der Landshuter Allee und die daraus folgende Schädigung der Anwohner (z. B. Lärm, Abgase) bevorzugt umweltschützende Straßenbaumaßnahmen in diesem Bereich durchzuführen?

57. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die zunehmend prekärer werdende Verkehrssituation der Ortsdurchfahrten Schopfheim und Zell im Wiesental auf der B 317 bekannt?

58. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Wann ist nach der Planung der Bundesregierung mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens und dem Baubeginn für diese Umgehungen zu rechnen?

59. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wie ist im Hinblick auf meine Anfrage vom 11. April 1972 und die Antwort vom 4. Mai 1972 der Stand der Prüfung für die Schaffung einer Beleuchtung der Autobahn Wiesbaden—Frankfurt, und bis zu welchem Zeitpunkt ist nunmehr mit der Beleuchtung der Ausfahrt Frankfurt vom früheren Opel-Rondell zur Nidda-Brücke zu rechnen?

60. Abgeordneter **Orgaß** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß von der Bevölkerung in zunehmendem Maß Beschwerde darüber geführt wird, daß Lastkraftwagen, die über Nacht in reinen Wohngebieten parken, durch Starten, Warmlaufen und Abfahren die Nachtruhe der Anwohner empfindlich stören und dadurch auf Dauer psychische und physische Schäden zu befürchten sind, und was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?

61. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die gegen den geplanten Rangierbahnhof München-Nord geltend gemachten erheblichen Bedenken des bayerischen Landesamts für Umweltschutz und der obersten Baubehörde im bayerischen Staatsministerium des Innern bezüglich der Lärmbelästigung der Anwohner bzw. der Beeinträchtigung der weiteren städtebaulichen Entwicklung der betroffenen Stadtteile, und sind auf Grund einer Zusage des Bundeskanzlers gegenüber den betroffenen Bürgern aus Anlaß eines Besuchs in München während der Olympischen Spiele 1972 bereits Maßnahmen eingeleitet, die bisherigen Planungen zu ändern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

62. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung einen Überblick über die inzwischen eingetretene Konzentration von Wohnungseigentum in öffentlicher, insbesondere kommunaler Hand, in sogenannten gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und in privater Hand, und erstreckt sich dieser Überblick auch auf den Konzentrationszustand in den einzelnen Ländern und Regionen, insbesondere in den Ballungsgebieten, und was hat die Bundesregierung vor, um ihren eigenen Informationsstand und den des Bundestags und der Öffentlichkeit auf diesem Gebiet zu verbessern?

63. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung vor, um Konzentrationsvorgängen im Bereich des Wohnungseigentums entgegenzuwirken, und welche Maßnahmen beabsichtigt sie, um derartig konzertiertes Wohnungseigentum in das Eigentum der Mieter zu überführen bzw. für eine bessere Verteilung zu sorgen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

64. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, Ost-Berlin habe den Vertretern von drei evangelischen Landeskirchen aus dem freien Teil Deutschlands die Einreise zur Synode der schlesischen Kirche in Görlitz, zu der sie eingeladen waren, verweigert, und wie vereinbart — bejahendenfalls — die Bundesregierung diese Praxis mit ihren Ankündigungen über Inhalt und Auswirkungen des Verkehrsvertrags mit Ost-Berlin einschließlich damit verbundener Nebenabreden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen

65. Abgeordneter **Flämig** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundespost zu veranlassen, daß sie die Kosten der Verlegung der Fernmeldekabel im Bereich des Baugebiets „Allee-Nord" in Nidderau, Kreis Hanau, übernimmt angesichts der Tatsache, daß in den Gestattungsverträgen die Deutsche Bundespost sich verpflichtete, auf ihre Kosten das Kabel anderweitig zu verlegen, wenn aus zwingenden Gründen ein Gebäude an der Stelle errichtet wird, an der das Kabel verläuft, und der Verlauf der Kabel so ist, daß eine Angleichung der öffentlichen Verkehrswege im neuen Bebauungsplan an den Kabelverlauf nicht möglich ist?

66. Abgeordneter **Dr. Beermann** (SPD)

Nach welchen Prinzipien sind die Abgrenzungen des Amtlichen Fernsprechbuchs 29 und 30 im Bereich der Kreise Stormarn und Lauenburg erfolgt?

67. Abgeordneter **Dr. Beermann** (SPD)

Ist es möglich, die Abgrenzung so zu verändern, daß die Telefonbenutzer der Kreise Stormarn und Lauenburg in einem Telefonbuch ausgewiesen werden, damit der gegenwärtige Zustand beendet wird, der dadurch gekennzeichnet ist, daß es vielfach ein Glücksfall ist, einen in Stormarn oder Lauenburg befindlichen Fernsprechteilnehmer von vornherein im richtigen Telefonbuch ausfindig zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

68. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung mitteilen, wie hoch die Investitionskosten und die laufenden Kosten für einen Studienplatz an den deutschen Universitäten sind, und was demgegenüber an Belastungen der öffentlichen Hände für einen Ausbildungsplatz beruflicher Lehrlinge einmalig und laufend pro Jahr an Kosten entsteht?

Bonn, den 4. Mai 1973